

Pohle, Julia

Article — Accepted Manuscript (Postprint)

Information for All? The emergence of UNESCO's policy discourse on the information society (1990-2003)

Medien & Zeit

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Pohle, Julia (2017) : Information for All? The emergence of UNESCO's policy discourse on the information society (1990-2003), Medien & Zeit, ISSN 0259-7446, Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung, Wien, Vol. 32, Iss. 2, pp. 68-73, <https://medienundzeit.at/>

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/216882>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Information for All?

The emergence of UNESCO's policy discourse on the information society (1990-2003)

Julia Pohle

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Abstract

*Der kurze Präsentationstext stellt die Dissertation *Information for All? The emergence of UNESCO's policy discourse on the Information Society (1990-2003)*, die mit dem Nachwuchsförderpreis Kommunikationsgeschichte 2017 der DGPK ausgezeichnet wurde, in Grundzügen vor. Die Dissertation besteht aus einer umfassenden Analyse der politischen Reaktion der UNESCO auf die Verbreitung des Internets als Massenmedium in den 1990er Jahren und dem damit verbundenen Konzept der „Informationsgesellschaft“. Die kommunikationshistorische Relevanz der Arbeit ergibt sich jedoch nicht nur aus der empirischen Untersuchung, sondern ebenfalls aus der Entwicklung eines konzeptionell-methodischen Analyserahmens, der die übliche teleologische Untersuchungsperspektive der Policy-Analyse durch die historische Rekonstruktion von Policy-Prozessen ersetzt. Durch diese Fokussierung auf den Entstehungsprozess des Policy-Diskurses der UNESCO zur Informationsgesellschaft versucht die Arbeit einen innovativen Beitrag zu den theoretischen und empirischen Grundlagen der historischen Policy-Forschung in den Kommunikations- und anderen Sozialwissenschaften zu leisten.*

Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ist als einzige Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit einem klaren Mandat für die Themen Kommunikation und Information ausgestattet. In ihrer im November 1945 verabschiedeten Verfassung wird die UNESCO dazu aufgerufen, nach ungehindertem Meinungs- und Wissensaustausch zu streben, den freien Fluss von Ideen durch Wort und Bild zu erleichtern und internationale Abkommen zu treffen, die der Verständigung und der gegenseitigen Kenntnis der Völker dienen sollen (UNESCO 1945).¹ Trotz der hohen Bedeutung, welche der Arbeit der UNESCO auf Grund dieses Mandats für die letzten 70 Jahre der internationalen Kommunikationspolitik zukommt, wird der Organisation in der kommunikationsgeschichtlichen Forschung überraschend wenig Beachtung geschenkt. Bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Breunig 1987, 1996; Leye 2009), konzentrierte sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Kommunikationspolitik der UNESCO bisher vor allem auf einige wichtige Ereignisse, insbesondere ihre Unterstützung der „Neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung“ in den 1970er und frühen 1980er Jahren sowie ihre Beteiligung am „Weltgipfel zur Informationsgesellschaft“ in 2003 und 2005 (u.a. Frau-Meigs, Nicey, Palmer, Pohle & Tupper 2012; Padovani 2005). Jedoch insbesondere die aktuellere Rolle der UNESCO in internationalen Debatten zum weltweiten Kommunikations- und Informationsfluss, der angesichts der rasanten Verbreitung des Internets seit den 1990er Jahren vor neue Herausforderungen gestellt wurde, blieb bisher unerforscht.

Die Dissertation mit dem Titel *Information for All? The emergence of UNESCO's policy discourse on the Information Society (1990-2003)* versucht

¹ Alle in diesem Text verwendeten Verweise beziehen sich auf die englische oder französische Originalversion der offiziellen UNESCO-Dokumente und nicht auf deren deutsche Übersetzung. Für eine aktualisierte deutsche Version der UNESCO-Verfassung siehe <http://www.unesco.de/infotehk/dokumente/unesco-verfassung.html>, Zugriff am 24.05.2017.

diese Forschungslücke zu schließen, indem sie die Entstehung des Policy-Diskurses der UNESCO zu den Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft in der Anfangszeit des Internets als Massenmedium – und damit im Zeitraum zwischen den zwei oben genannten Ereignissen – untersucht. Unter Beachtung des politischen und institutionellen Hintergrunds der Organisation sowie ihrer Historie in der Kommunikationspolitik zeichnet die Arbeit dazu drei politische Prozesse nach, die zu der besonderen Rolle der UNESCO in den politischen Debatten über die frühe Internetpolitik beigetragen haben. Statt jedoch den Policy-Diskurs als puren Output dieser Debatten und Prozesse zu analysieren, nutzt die Arbeit einen historisch-konstruktivistischen Ansatz, der darauf abzielt, die übliche Form der ergebnisorientierten Policy-Analyse auf den Entstehungsprozess des Diskurses auszudehnen. Um die Relevanz dieses Vorgehens für die kommunikationshistorische Forschung zu erläutern, stellt dieser kurze Präsentationstext im Folgenden den theoretisch-konzeptionellen Rahmen der Arbeit, ihren methodisch-analytischen Ansatz und ihre empirischen Bestandteile in Grundzügen vor.²

Die Fokussierung der Arbeit auf den Entstehungsprozess eines kollektiven Diskurses zur Informationsgesellschaft rührt von der Überzeugung, dass (kommunikations-)politische Diskussionen – egal ob in der UNESCO oder andernorts – niemals ausschließlich von theoretischem Wissen, empirischen Daten oder rationalen Entscheidungen getrieben sind. Anlehnend an den „argumentative turn“ in der Policy-Analyse (Fischer & Forester 1993; Fischer & Gottweis 2012) beruht die Arbeit vielmehr auf der Idee, dass es die Handlungen, Diskussionen, Problemwahrnehmungen und Argumente der involvierten AkteurInnen sind, welche die diskutierten Policy-Optionen und letztendlich den Ausgang politischer Debatten prägen. Ein Forschungsziel der Arbeit ist daher die Entwicklung eines theoretischen und methodologischen Ansatzes, der die Interaktion zwischen Policy-AkteurInnen, die von ihnen verfolgten Strategien und ihre Argumente in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses stellt. Zu diesem Zwecke greift die Arbeit einerseits auf sozialkonstruktivistische Ansätze zurück, die sich mit der Schaffung von Bedeutung und Sinnzusammenhängen in sozialen Prozessen befassen, um zu analysieren, welche Auswirkungen politische AkteurInnen, ihre Ideen und Machtkonstellationen auf die Entstehung von Policy-Diskursen haben (Bacchi 2000; Jones 2009; Majone 1989). Andererseits basiert der konzeptionelle Ansatz der Arbeit auf poststrukturalistischen Theorien aus den Forschungsfeldern der Internationalen Beziehungen und Policy-Studien, die sich mit der gegenseitigen Beeinflussung von Diskursen verschiedener AkteurInnen und den zugrundeliegenden Vorstellungen und Überzeugungen befassen (Howarth & Torfing 2005; Shapiro 1989; Milliken 1999).

Auf dieser theoretischen Grundlage entwickelt die Arbeit einen konzeptionellen Forschungsansatz, der ebenfalls den methodologisch-analytischen Rahmen der empirischen Untersuchung darstellt. Dessen Ziel ist es, die detaillierte Untersuchung der an der Entwicklung des Informationsgesellschaftsdiskurses der UNESCO beteiligten Prozesse und AkteurInnen mit einer Analyse der von ihnen geäußerten Ideen, Argumenten und Vorstellungen zu verbinden. Es ergeben sich also zwei Untersuchungsdimensionen: Die Untersuchung der ersten, bezeichnet als „performative Dimension“ der Antwort der UNESCO auf die Informationsgesellschaft, stützt sich auf ausgewählte Elemente und Ideen der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT), insbesondere der von Bruno Latour geprägten Konzepte (Latour 1987, 1999, 2010). Dieser ursprünglich für die Erforschung von Wissensgenerierung in den Natur- und Technikwissenschaften eingeführte Ansatz erlaubt es uns, die kollektive Entwicklung eines Diskurses zur Informationsgesellschaft in den kommunikationspolitischen Debatten der UNESCO auf der Mikro-Ebene konkret zu verfolgen und mit einem quasi-ethnographischen Interesse nachzuzeichnen. Die zweite Untersuchungsdimension, die als „diskursive Dimension“ bezeichnet wird, baut auf die Methode der von Marteen Hajer geprägten Argumentativen Diskursanalyse (ADA) (Hajer 1993, 2002, 2006). Diese macht es möglich, die emblematischen Themen und Narrative, die den Informationsgesellschaftsdiskurs der UNESCO prägen, zu identifizieren, die Argumente der einzelnen Diskurskoalitionen zu analysieren und zudem nachzuvollziehen, wie bestimmte

² Eine Zusammenfassung und Diskussion aller empirischen Ergebnisse würde über das Ziel dieser kurzen Vorstellung hinausgehen. Die Dissertation ist im Volltext als Open Access-Version zugänglich über <http://hdl.handle.net/10419/158025>, Zugriff am 24.05.2017. Eine gekürzte Buchpublikation ist in Bearbeitung.

Diskurselemente in Form von Policy-Statements, praktischen Programmelementen und internationalen Abkommen institutionalisiert wurden. Durch die Kombination der zwei Untersuchungsdimensionen ist es nicht nur möglich, die Interaktion und Praktiken der AkteurInnen mit der Analyse ihrer Auseinandersetzungen und Ideen zu verbinden, sondern zudem zu hinterfragen, wie die konkreten Prozesse, Ideen und (diskursiven) Machtverhältnisse auf der Mikro-Ebene die Entstehung von Policy-Diskursen in einer internationalen Organisation wie der UNESCO beeinflussen.

Die Untersuchung sowohl der performativen als auch der diskursiven Dimension fußt auf umfassendem empirischem Material, das Aufschluss über die verschiedenen Prozesse im Untersuchungszeitraum gibt. Neben offiziellen UNESCO-Dokumenten wurde ein Großteil davon durch ausführliche Recherchen in den UNESCO-Archiven und in Aufzeichnungen des UNESCO-Sekretariats zusammengetragen. Dieses Material wurde ergänzt durch semi-strukturierte Interviews mit UNESCO-MitarbeiterInnen und anderen ZeitzugInnen der analysierten Prozesse.

Zur Einführung der empirischen Analyse widmet sich die Arbeit zunächst dem institutionellen, historischen und thematischen Hintergrund der Kommunikationspolitik der UNESCO. So werden der Ursprung, das allgemeine Mandat und die Funktionsweise der Organisation sowie die Geschichte der UNESCO-Aktivitäten im Themenbereich Kommunikation und Information knapp dargestellt. Besondere Aufmerksamkeit liegt dabei auf der Beschäftigung der Organisation mit digitalen Technologien vor Beginn des Untersuchungszeitraums der Arbeit.³ Zudem wird das besondere Verhältnis der UNESCO mit der Zivilgesellschaft beleuchtet. Im Unterschied zu anderen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen baut die Programmgestaltung und -umsetzung der UNESCO seit jeher nicht nur auf das diplomatische Personal ihrer Mitgliedsstaaten, sondern explizit auch auf die Unterstützung durch unabhängige ExpertInnengruppen (Kalinka 2013; Martens 1999). Obwohl der ExpertInnen-Einfluss seit Gründung der UNESCO kontinuierlich abgenommen hat, kam insbesondere der Berufsgruppe der Informations- und BibliothekswissenschaftlerInnen für die Entwicklung eines Informationsgesellschaftsdiskurses eine bedeutende Rolle als Ideengeber und Katalysator zu. Um die Ideen eben dieser ExpertInnengruppe und den kollektiven Diskurs der UNESCO in einen größeren thematischen und politischen Gesamtkontext einordnen zu können, zeichnet die Arbeit darüber hinaus die Entwicklung der internationalen politischen Debatte über die Informationsgesellschaft seit den 1970er Jahren nach.

Die Hauptergebnisse der empirischen Analyse stellen jedoch die detaillierte Beschreibung der politischen Entscheidungsprozesse der UNESCO im Untersuchungszeitraum sowie eine ausführliche Diskussion der Entstehung des Informationsgesellschaftsdiskurses als Ergebnis widerstreitender Akteur-Netzwerke dar. Dazu wird die Entwicklung des Policy-Diskurses in drei Episoden unterteilt, die den drei analysierten Policy-Prozessen entsprechen: (1) die Generierung von neuen Ideen und ersten Positionen zur Informationsgesellschaft im Kontext der sogenannten „INFOethics“-Konferenzen Ende der 1990er Jahre (Metze-Mangold 1997; UNESCO 2000a, 2001); (2) die erste Umsetzung einiger dieser Ideen und ihre Institutionalisierung im Rahmen des im Jahr 2000 gegründeten zwischenstaatlichen Programms „Information for All“ (IFAP) (UNESCO 2000b); (3) und letztendlich der sehr lange und konfliktreiche Vorbereitungsprozess der 2003 verabschiedeten „Empfehlung zur Förderung und Nutzung der Mehrsprachigkeit und zum allgemeinen Zugang zum Cyberspace“, mit welcher der Diskurs der UNESCO zum ersten Mal in einem international anerkannten Instrument festgeschrieben wurde (UNESCO 2003). Für jede dieser Episoden stellt die Arbeit den jeweiligen Kontext vor und erläutert die performative Dimension durch eine detaillierte Darstellung der Prozesse sowie der beteiligten AkteurInnen und ihrer Handlungen. Darüber hinaus analysiert sie für jede Episode die jeweilige diskursive Dimension anhand diverser emblematischer Themen und konkurrierender Narrative verschiedener Diskurskoalitionen. Auf dieser

³ Bis in die frühen 1980er Jahre beschäftigte sich eine Unterorganisation der UNESCO, das Intergovernmental Bureau for Informatics (IBI), als einzige internationale Organisation mit dem Themenbereich der digitalen Datenverarbeitung und Digitaltechnik. Die Geschichte und Arbeit dieser Organisation ist bisher nur teilweise erforscht (Pohle, 2012), da ihre Archivbestände von der Autorin dieser Arbeit in einem unzugänglichen Teil der UNESCO-Archive wiederentdeckt und nun erst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

Basis werden Rückschlüsse auf die (diskursiven) Machtverhältnisse gezogen, die zur Stabilisierung und Institutionalisierung bestimmter Diskurselemente und zur Vernachlässigung anderer führten. Die empirische Analyse zeigt, dass die konkreten Dynamiken auf der Mikro-Ebene und die Konflikte zwischen einzelnen Ideen und AkteurInnen den Policy-Diskurs der UNESCO stärker beeinflussten als abstrakte Interessen und übergreifende Machtstrukturen ihrer Mitgliedsstaaten und anderer AkteurInnengruppen. Anders als man es von den Entscheidungsprozessen in einer internationalen Organisation erwarten würde, hatten die meisten UNESCO-Mitgliedsstaaten nur sehr wenig Einfluss auf den kollektiven Diskurs. Vielmehr waren es das Sekretariat der UNESCO und die involvierten ExpertInnengruppen, die einen Großteil der Diskurselemente einbrachten und zu ihrer Institutionalisierung beitrugen. Während sich das Sekretariat oft durchsetzen konnte, kann jedoch beobachtet werden, dass der Einfluss der ExpertInnen stark von den politischen Zielen des jeweiligen Policy-Prozesses abhängig war: Während sie in der ersten Phase der Ideenfindung und Generierung von potentiellen Policy-Optionen stark eingebunden waren, blieben ihr Fachwissen und ihre Expertise in den finalen Verhandlungsrunden zu konkreten Policy-Texten größtenteils unbeachtet. Ein aufschlussreiches Ergebnis stellt auch der große Einfluss des einzigen Nicht-Mitgliedsstaats dar, der an den analysierten Policy-Prozessen beteiligt war, nämlich der USA. Obwohl sie die UNESCO 1983 verlassen hatten, stellte die Rückkehr der USA für die Direktion der Organisation eine so starke Priorität dar, dass ihre Ideen und Interessen wiederholt über die der anderen involvierten AkteurInnen gestellt wurden.

Letztendlich zeigt die empirische Analyse jedoch auch, dass die beobachteten diskursiven Konflikte nicht nur dann besonders zunahmten, wenn etwa konkrete materielle oder ideelle Interessen einzelner Mitgliedsstaaten berührt wurden. Vielmehr wurden die größten Auseinandersetzungen ebenfalls durch die Kombination von unterschiedlichen und scheinbar unvereinbaren Zielen innerhalb derselben Policy-Initiativen ausgelöst. Während sich einige der Diskurselemente der UNESCO mit Problemen der globalen Informationsgesellschaft befassten, die vor allem Entwicklungsländer betrafen, welche bisher kaum von der zunehmenden Digitalisierung profitierten, zielten andere auf allgemeinere Herausforderungen ab, die wiederum vermehrt von stärker entwickelten Mitgliedsstaaten wahrgenommen wurden. So hatten insbesondere Diskussionen zur Erleichterung des Internetzugangs und zur sprachlichen Vielfalt von Online-Inhalten weniger Relevanz für stark entwickelte Industrienationen als die sehr umstrittene Frage der geistigen Eigentumsrechte an Informationen im Internet oder die Ausweitung der „public domain“ auf bestimmte Online-Inhalte. Die letzteren Fragen wurden zudem sehr konfliktreich diskutiert, da sie direkt wirtschaftliche, aber auch kulturelle und ideelle Aspekte des Informationsaustausches im und über das Internet betrafen. Indem die UNESCO versuchte, Lösungen für die gesamte Bandbreite an Herausforderungen der Informationsgesellschaft in den gleichen Policy-Texten und Abkommen zu kombinieren, erschwerte sie durch die umstritteneren Aspekte ebenfalls den Konsensus zu den Fragen des Internetzugangs sowie der Informationsvielfalt und –mehrsprachigkeit. Insbesondere dieses letzte Forschungsergebnis versucht die Arbeit weitergehend zu interpretieren, indem sie die Herkunft konkurrierender Ideen und Vorstellungen reflektiert und sie als Ergebnis der paradoxen Natur der globalen Informationsgesellschaft beschreibt. Anlehnend an die Überlegungen von Robin Mansell zu den Missverständnissen und Paradoxen, die Policy-Debatten über die kulturellen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen digitaler Gesellschaften zugrunde liegen (Mansell 2012), definiert die Arbeit dazu das „Paradox der globalen digitalen Vernetzung“. Dieses besteht darin, dass zwar alle Länder der Welt von der digitalen Vernetzung betroffen sind, jedoch nicht gleichermaßen von ihr profitieren. Internationale Policy-Instrumente der globalen Internetpolitik tendieren jedoch dazu, universelle Lösungen vorzuschlagen, und übersehen damit, dass verschiedene Länder unterschiedliche Bedürfnisse und Ansprüche haben, abhängig von der Art und Weise, in der sie von der zunehmenden digitalen Vernetzung beeinflusst sind.

Durch ihre konzeptionellen Überlegungen, die Entwicklung eines eigenständigen Analyseansatzes sowie ihre historischen Forschungsergebnisse trägt die Arbeit auf drei Arten zur empirischen und theoretischen Grundlagenforschung in der Kommunikationsgeschichte und der Kommunikationspolitik bei: *Erstens* schließt sie eine wichtige Forschungslücke zu den Prozessen und Auseinandersetzungen der globalen Kommunikationspolitik, indem sie eine tiefgehende Analyse der Position einer bedeutenden internationalen

Organisation, der UNESCO, zu Beginn des Digitalzeitalters ausarbeitet. Damit widmet sie sich sowohl einem Zeitraum als auch einer Institution, die in der Forschung bisher unterrepräsentiert waren, jedoch für ein besseres Verständnis der globalen Internetpolitik und der ihr zugrundeliegenden Konflikte äußerst zuträglich sind. *Zweitens* erweitert die Arbeit die theoretischen Grundlagen zur historischen Policy-Forschung in der Kommunikationswissenschaft – einem Ansatz, dem zunehmend wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteilwird, dem es jedoch mit Blick auf die konzeptionellen und methodologischen Aspekte an Fundierung mangelt. Der innovative Beitrag der Arbeit besteht dabei in ihrer Fokussierung auf den Entstehungsprozess des Diskurses, wodurch die übliche teleologische Untersuchungsperspektive der Policy-Analyse durch die historische Rekonstruktion von Policy-Prozessen ersetzt wird. *Drittens* trägt die historische Forschung auf der Mikro-Ebene dazu bei, sowohl empirisch als auch theoretisch das Verständnis der Ideen und Machtverhältnisse zu verbessern, die internationalen Debatten zu Kommunikationsthemen zugrunde liegen. Die durchgeführten Archivrecherchen und Interviews ermöglichen es, rein exogene Erklärungen von Policy-Ergebnissen einer deutlich endogeneren Perspektive unterzuordnen, die historisch zurückverfolgt, wie AkteurInnen interagieren und auf welche Weise widerstreitende Policy-Diskurse zu den gesellschaftlichen Folgen digitaler Technologien entstehen. Im Ergebnis ermöglichen die Erkenntnisse dieser Arbeit daher, nicht nur vergangene Debatten der internationalen Kommunikationspolitik, sondern auch aktuelle und zukünftige Diskussionen über das Internet und seinen Einfluss auf unsere Gesellschaft besser einordnen zu können.

Bibliographie:

- Bacchi, C. (2000). Policy as Discourse. What does it mean? Where does it get us? In: *Discourse: Studies in the Cultural Politics of Education*, 21 (1), S. 45-57.
- Breunig, C. (1987). *Kommunikationspolitik der UNESCO*. Konstanz.
- Breunig, C. (1996). Internationale Kommunikationspolitik im Wandel. Alte und neue Initiativen der UNESCO. In: Meckel, M. & Kriener, M. (Hg.), *Internationale Kommunikation. Eine Einführung*. Opladen, Wiesbaden, S. 67-84.
- Fischer, F. & Forester, J. (Hg.) (1993). *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Durham, London.
- Fischer, F. & Gottweis, H. (Hg.) (2012). *The argumentative turn revisited. Public policy as communicative practice*. Durham, London.
- Frau-Meigs, D., Nicey, J., Palmer, M., Pohle, J. & Tupper, P. (Hg.) (2012). *From NWICO to WSIS. 30 Years of Communication Geopolitics – Actors and Flows, Structures and Divides*. Bristol.
- Hajer, M. (1993). Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practice. The Case of Acid Rain in Britain. In: Fischer, F. & Forester, J. (Hg.), *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Durham, London, S. 43-76.
- Hajer, M. (2002). Discourse Analysis and the Study of Policy Making. In: *European Political Science*, 2 (1), S. 61-65.
- Hajer, M. (2006). Doing Discourse Analysis. Coalitions, Practices, Meaning. In: van den Brink, M. & Metzger, T. (Hg.), *Words matter in policy and planning. Discourse Theory and Methods in the Social Sciences*. Utrecht, S. 65-74.
- Howarth, D. R. & Torfing, J. (Hg.) (2005). *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance*. Hampshire, New York.
- Jones, H. (2009). *Policy-making as discourse. A review of recent research-to-policy literature*, IKM Emerging Working papers, (5). Bonn. Abgerufen von <https://www.odi.org/publications/2431-policy-makingdiscourse-review-recent-research-policy-literature>, Zugriff am 26.05.2017.

- Kalinka, C. (2013). *Die Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen in die Arbeit der UNESCO, Beiträge des UNESCO-Lehrstuhls für Internationale Beziehungen*, (8). Abgerufen von <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa-129327>, Zugriff am 26.05.2017.
- Latour, B. (1987). *Science in Action. How to Follow Scientists and Engineers Through Society*. Cambridge, MA.
- Latour, B. (1999). On recalling ANT. In: Law, J. & Hassard, J. (Hg.), *Actor Network Theory and after*, Oxford, S. 15-25.
- Latour, B. (2010). *The Making of Law. An Ethnography of the Conseil d'Etat*. Cambridge, UK.
- Leye, V. (2009). *UNESCO's policy on international communication. A discursive analysis of UNESCO and communication (1975-2005)*. Diss. Gent.
- Majone, G. (1989). *Evidence, Argument, and Persuasion in the Policy Process*. New Haven, London.
- Mansell, R. (2012). *Imagining the Internet: Communication, Innovation, and Governance*. Oxford.
- Martens, K. (1999). The role of NGOs in the UNESCO System. In: *Transnational Associations*, (2), S. 68-82.
- Metze-Mangold, V. (1997). „Info-ethics“ im Zeitalter des Internet. Die UNESCO tastet sich vor. Erster internationaler Kongreß über ethische, rechtliche und gesellschaftliche Aspekte digitaler Information. In: *UNESCO heute*, (3), S. 59-61.
- Milliken, J. (1999). The Study of Discourse in International Relations. A Critique of Research and Methods. In: *European Journal of International Relations*, 5 (2), S. 225-254.
- Padovani, C. (2005). Debating communication imbalances from the MacBride Report to the World Summit on the Information Society. An analysis of a changing discourse. In: *Global Media and Communication*, 1 (3), S. 316-338.
- Pohle, J. (2012). „Going digital“. A historical perspective on early international cooperation in informatics. In: Frau-Meigs, D., Nicey, J., Palmer, M., Pohle, J. & Tupper, P. (Hg.), *From NWICO to WSIS. 30 Years of Communication Geopolitics – Actors and Flows, Structures and Divides*. Bristol, S. 107-121.
- Shapiro, M. J. (1989). Textualizing Global Politics. In: Der Derian, J. & Shapiro, M. J. (Hg.), *International/intertextual relations. Postmodern readings of world politics*. New York, Toronto, S. 11-22.
- UNESCO (1945). *Constitution of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization*. London.
- UNESCO (2000a). *INFOethics '98*. Final Report and Proceedings. Paris.
- UNESCO (2000b). *Information For All Programme*, adopted on 2 October 2000. 160 EX/17 Rev. Annex I, II. Paris.
- UNESCO (2001). *INFOethics 2000*. Final Report and Proceedings. Paris.
- UNESCO (2003). *Recommendation concerning the promotion and use of multilingualism and universal access to cyberspace*, adopted on 15 October 2003. 32 C/27 Annex I. Paris.

Julia POHLE

Dr., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Projektgruppe „Politikfeld Internet“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Zuvor war sie am Forschungszentrum for Studies in Media, Information and Telecommunication (SMIT) in Brüssel und dem UNESCO-Sekretariat in Paris tätig. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit globaler und nationaler Internetpolitik, Internet Governance und der Geschichte der internationalen Kommunikationspolitik. Julia Pohle studierte Kulturwissenschaft, Philosophie und Informatik in Bremen, Bologna und Berlin und promovierte in Kommunikationswissenschaft an der Vrije Universiteit Brussel. Sie ist derzeit Vice-Chair der Communication Policy & Technology Section der IAMCR.